

(De)Marginalisierung

Prozesse der Marginalisierung und Demarginalisierung als Konfliktlandschaft zu begreifen, erschließt sich nicht auf den ersten Blick. Eine solche Interpretation konkurriert mit eingefahrenen Denkmustern, etwa einer im Realismus verankerten Analyse, die Gewaltkonflikte in erster Linie als politisch-militärische Größe abhandelt. Auch verschiedene Spielarten des entwicklungspolitischen Diskurses, die Marginalisierung als Vulnerabilität rationalisieren oder zumindest vorwiegend aus einer solchen Perspektive wahrnehmen, können mit einer solchen Perspektive zunächst wenig anfangen.

(De)Marginalisierung als Konfliktlandschaft rückt den Aspekt der sozialen Auseinandersetzung in dem Mittelpunkt. Und (De)Marginalisierung ist untrennbar mit sozialer Auseinandersetzung verknüpft, sie ist sogar eine der Hauptformen. Eine Interpretation als Konfliktlandschaft fängt diesen strategischen Charakter von Marginalisierung ein. Gleichzeitig rationalisiert sie die gegenläufige Demarginalisierung als streitbares politisches Projekt. Prozesse der Marginalisierung zu konfrontieren, zu beenden oder gar umzukehren ist soziopolitisch konfliktiv. Es gibt keine Demarginalisierung ohne Konflikt, weil Privilegien zur Disposition stehen. Dies zeigt nicht nur die Unvermeidbarkeit von Konflikten, sondern unterstreicht auch deren Wichtigkeit in jeder Art von sozialer Interaktion.

Die folgenden kurzen Vignetten können nur einen kleinen Ausschnitt der vielfältigen Prozesse von Marginalisierung und Demarginalisierung vermitteln, die im Südsudan vor sich gehen. Derartige Prozesse werden in den unterschiedlichsten Dimensionen sichtbar, sie sind sozial omnipräsent. Eine der gängigen Dimensionen von Ausschluss im infrastrukturell kaum erschlossenen Südsudan ist territorial. Die Abgeschiedenheit von Regionen fernab der Anbindung an eine verlässliche Infrastruktur geht, vom Standpunkt einer nationalstaatlichen Integration aus betrachtet, mit einer Marginalisierung ein-

her. Dies gilt umso mehr in Gegenden, die in der Regenzeit schwer oder gar nicht erreichbar sind. Dennoch kann ein subsistenzorientiertes Leben in abgeschiedenen Regionen, selbst unter Bedingungen des alltäglichen Mangels, nicht per se als Marginalisierung betrachtet werden. Zur Marginalisierung und damit zur Konfliktlandschaft werden solche Lebensbedingungen erst, wenn sie durch Integrationsprozesse in einen sozialen Vergleichskontext gezogen werden.

Transportinfrastruktur ist in diesem Zusammenhang ein wesentlicher Faktor aktiver Marginalisierung, weil er einigen Gemeinschaften Marktzugang oder erleichterten Zugang zu internationalen Hilfsgütern ermöglicht, der anderen Gemeinschaften nicht gewährt wird. So kann beispielsweise Jonglei als gesamte Region derzeit als marginalisiert gelten. Die Erreichbarkeit ist schlecht, die ökonomischen Bedingungen für die meisten in Jonglei lebenden Gemeinschaften sind prekär. Wenn nun ein groß angelegtes Straßenprojekt wie der Juba-Bor-Highway die Hauptstadt des Gliedstaates, Bor, von Juba aus gut erreichbar machen würde, klingt dies zunächst unverdächtig vernünftig. Allerdings ist Bor das Siedlungsgebiet der Bor Dinka, womit mit dem Highway eine Marginalisierung anderer in Jonglei lebenden Gemeinschaften einhergeht, die noch dazu ethnopolitische Charakterzüge annimmt. Dies wurde im Kapitel zur Konfliktlandschaft von Ethnopolitik, die in diesem konkreten Beispiel mit Marginalisierung überlappt, bereits diskutiert.

Marginalisierung ist ein Grundprinzip jeder staatlichen Organisierung. Kein Staat kann absolute Gleichheit garantieren, nicht sozial, nicht ökonomisch, nicht politisch. Und jeder Staat baut auf einer strukturellen Unterteilung zwischen Zentren und Peripherien auf. Mitunter strahlt die marginalisierte Peripherie gerade aufgrund ihrer Charakteristika einer schlechten Erreichbarkeit, einer limitierten Versorgungslage, einem Ausschluss von überregionalen sozialen und politischen Prozessen, sogar eine spezielle Attraktivität aus. Dies gilt speziell für den Südsudan, wo Abgeschiedenheit noch wirkliche Abgeschiedenheit bedeutet. Die Ursprünglichkeit vieler Gegenden übt eine besondere Anziehungskraft für so manche Wissenschaftler:innen und Humanitarians aus, die dort den radikalstmöglichen Kontrast zur vermeintlichen Sicherheit und Geborgenheit in ihren Herkunftsregionen erleben können. Marginalisierung kann romantische Wirkungen entfalten, jedoch vorwiegend für diejenigen, die sich ihr weitgehend beliebig wieder entziehen können. In einem als Peripherie und nur in Fragmenten institutionalisierten

Staatsprojekt sind die Konsequenzen von Marginalisierung jedenfalls unmittelbarer spürbar als in vielen anderen Kontexten.

Vulnerabilität

Jede Kooperation mit dem breiten humanitären und entwicklungspolitischen Sektor im Südsudan zwingt zur Auseinandersetzung mit dem Konzept der Vulnerabilität. Zynisch könnte gesagt werden, dass die Kategorie der Vulnerabilität die Operationalisierung von Marginalisierung für die Zwecke der Hilfsindustrie ist. Speziell im humanitären Bereich liegt daran nichts notwendig Schlechtes: Menschen in akuter Notlage – und auf diese beschränken sich humanitäre Operationen idealerweise – benötigen externe Hilfe. Und es braucht Kriterien, um eine solche akute Notlage zu identifizieren und, im Falle beschränkter Mittel oder bei präventiv angelegten Aktivitäten, Prioritäten zu definieren. Hier schlägt die Stunde von Vulnerabilität. Sie zielt, in der einen oder anderen Form, auf die Abschätzung einer spezifischen Verwundbarkeit durch ansteigende Risiken ab (zur Definition von Vulnerabilität siehe Villagrán De León, 2006: 11-23).

Komplizierter wird es bei Vulnerabilität im entwicklungspolitischen Kontext. In diesem Feld hat sich ein spezifischer Vulnerabilitätsdiskurs herausgebildet, der sich sein eigenes Kategorienschema geschaffen hat. Dieses Schema ist weitestgehend global übertragbar. Es basiert auf soziologische Makrokategorien wie Frauen, Kinder, Jugendliche und, spätestens seit der Covid-19-Krise, Alte. Dazu kommen all jene, von denen angenommen wird, dass sie in Hinblick auf potenzielle oder konkrete Katastrophen wie Klimawandel oder Überschwemmungen spezifischen Vulnerabilitätsrisiken ausgesetzt sind. Die Ansätze zur Bearbeitung von Vulnerabilität sind vielfältig. Sie reichen von Resilienz – im Sinne einer Widerstandskraft gegen humanitäre Notlagen – bis hin zu Mainstreaming und Empowerment. Gerade letztere beiden Konzepte sind insofern von besonderer Relevanz, weil sie die Marginalisierungsdimension von Vulnerabilität in den Mittelpunkt rücken.

Die konkrete Verbindung verläuft in der entwicklungspolitischen Praxis zumeist in simplen Mustern. Ein Beispiel ist der von den UN betriebene *South Sudan Reconciliation, Stabilization, and Resilience Trust Fund* (RSRTF), einer der größeren Pool Funds, der UN-Agencies und deren institutionellen Partnern Projektfinanzierungen zur Verfügung stellt. Der Fonds definiert vier Herausforderungen, denen er sich annehmen will: »deepened social and political

fragmentation and gender inequality; economic crisis and lack of services; persistent conflict and fragility; and recurrent shocks and stresses«.¹ Diese vier Kategorien repräsentieren die vom UN-System weitgehend akzeptierten Vulnerabilitätsrisiken. Die Auswahl ist wenig überraschend. Das explizite Herausstreichen von »gender inequality« beim Element sozialer Fragmentierung gibt allerdings bereits einen Hinweis auf die politischen Spezifika der Debatten um Vulnerabilität und Marginalisierung. Denn wieso wird »gender inequality« als ein besonders hervorzuhebendes Sub-Set sozialer und politischer Fragmentierung verstanden? Warum ist es nicht als eigenständiges soziopolitisches Problemfeld definiert, sondern einem anderen beigeordnet, in das es noch dazu strukturell nicht hineinpassen will?

Ein ähnliches Muster zeigt sich in den als Antwort auf diese Herausforderungen definierten Arbeitsfeldern. Neben der Stärkung von Frieden, Governance, Nahrungsmittelsicherheit, der Erholung lokaler Märkte und sozialer Dienste findet sich die Formulierung von »empowering women and youth«. Sie steht ohne jedwede weitere Präzisierung. Für all jene, die regelmäßig mit entwicklungs- oder sozialpolitischen Policy-Dokumenten zu tun haben, mag diese Hervorhebung einen gewohnten Klang haben. Es ist dennoch wichtig, eine solche Routine in ihren Wirkungen auf Marginalisierungsdiskurse kritisch zu reflektieren.

Am genannten Beispiel zeigt sich, dass das Denken in Kategorien von Verwundbarkeit analytische Fallen bereithält. Erstens tendiert es dazu, den strategischen Charakter von Marginalisierung zu übersehen. Die Verbindung von sozialer und politischer Fragmentierung ist die Konsequenz einer langfristigen, ungesteuerten Institutionalisierung. Dieser ist auch durch noch so entschlossene und waghalsige Politiken kurzfristig nicht beizukommen. Gender-Ungleichheit, eine Konstellation, die durch tägliche Handlungen produziert und perpetuiert wird, repräsentiert ein solches Beispiel. Marginalisierung passiert nicht, sie wird beständig produziert.

Es schleicht sich ein impliziter, aber nichtsdestotrotz routinierter Paternalismus ein. »Empowering women and youth«? Ist dieser Ansatz wirklich durchdacht? Jedenfalls ist diese Form von Empowerment einer der gängigen entwicklungs-politischen Stehsätze. Eine spontane Google-Suche nach der exakten Phrase liefert über eine halbe Million Treffer. Gerade vor diesem Hintergrund ist ein kurzes Nachdenken über den Charakter einer solchen Operation, gerade im Kontext der Überwindung – oder vielmehr Bekämpfung – von

¹ <http://mptf.undp.org/factsheet/fund/SSRoo> [30-01-2021].

Marginalisierung notwendig. Tropen von Empowerment vermitteln immer den problematischen Eindruck, dass soziale Transformation ohne eine maßgebliche Unterstützung von außen nicht möglich oder nur schwer vorstellbar wäre. Eine solche Vorstellung resultiert unmittelbar in einer Performanz des Marginalisierungsdiskurses, der den in diese Marginalisierung verstrickten Subjekten implizit ihre Handlungsfähigkeit aberkennt.

Zugleich kreiert der Empowerment-Diskurs eine hierarchische Positionalität, die diejenigen, die eine solche Unterstützung leisten können, denjenigen, die sie angeblich benötigen, gegenüberstellt. Sicher geht es um strukturelle Fragen, um die Bearbeitung ganz konkreter Probleme wie strategischer Entrechtung, wie sie in diesem Kapitel noch diskutiert werden. Aber wäre es nicht zielführender und vor allem weniger arrogant, Unrecht als Unrecht zu bezeichnen statt als eine ins psychosoziale Feld hineinschielende Frage der Selbstbefähigung? Ebenso hält die Empowerment-Logik ein strukturelles Hindernis in der Betrachtung des Konfliktes um Marginalisierung bereit, das Widerständigkeit und die Kreativität der Umgehung tendenziell übersieht. Einige dieser Prozesse verlaufen weder offensichtlich konfrontativ noch plakativ, andere schon. Die Konfliktlandschaft der (De)Marginalisierung ist jedenfalls in beständiger Bewegung, mit oder ohne gut gemeinte externe Unterstützung.

Abgeschiedenheit

Regelmäßig zitierte statistische Daten zeigen nicht nur, dass die Bevölkerung im Südsudan sehr jung ist – der Altersschnitt soll bei etwa 19 Jahren liegen, jener der Europäischen Union, zum Vergleich, bei 44 Jahren. Ebenso lässt sich mit diesen Daten zeigen, dass die vielen Jugendlichen nach allen gängigen Erziehungsindikatoren hochgradig marginalisiert sind. Nach Daten von UNICEF vom September 2020 gehen 2,8 Millionen oder über 70 % der schulpflichtigen Kinder nicht zur Schule. An die 60 % der Lehrer:innen verfügen über keine formale Ausbildung. Zudem ist ein Drittel der Schulen durch den Krieg beschädigt oder zerstört.² Trotz der sich in den letzten Jahren verbesserten Zahlen können immer noch an die 65 % der Jugendlichen – und über 70 % der Gesamtbevölkerung – weder lesen noch schreiben. Die Rate an An-

² [https://www.unicef.org/southsudan/documents/education-briefing-note \[31-01-2021\].](https://www.unicef.org/southsudan/documents/education-briefing-note [31-01-2021].)